

# Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdrucker 1.50 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat, durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.  
Verlag: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Breslau, Dornschneid-Verlag, Ring Nr. 887.

Sonnabend, 1. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk., Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reflektoren: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 2.— Mk.

## Die Kommun. Internationale zur Rußlandhilfe.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale und die Exekutive der Roten Gewerkschaftsinternationale veröffentlichten einen Aufruf, in dem sie die Proletarier aller Länder zum Kampfe gegen die verbrecherische Politik Frankreichs, Polens und Rumaniens gegen Sowjetrußland auffordern. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale sehen sich nach sorgfältiger Prüfung der Lage genötigt, zu erklären, daß die internationale Lage im vollen Sinne des Wortes ernst ist. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit werden aufgefordert, entschlossen den Kampf gegen die verbrecherischen Vorbereitungen der imperialistischen Mächde zu treffen.

Der Aufruf schließt: „Organisiert in allen Ländern Demonstrationen und Demonstrationen unter der Losung: „Hilfe für Sowjetrußland!“ „Nieder mit den Verbrechern, die den Ueberfall auf Sowjetrußland vorbereiten!“

Verhindert die Waffentransporte nach Polen, Rumänien, Estland, Litauen, Finnland. Verstärkt vor allem eure Beziehungen zu den Soldaten, damit sich diese nicht wieder zum Kanonensfutter des internationalen Kapitals gegen Sowjetrußland hergeben. Lasset eure Regierung wissen, daß ihr mit allen euch zur Verfügung stehenden Mitteln bereit seid, gegen jede Drohung und gegen jeden Druck auf Sowjetrußland zu protestieren.

Strat und Frieden den Hungernden russischen Völkern! Kampf bis aufs äußerste gegen jede Bedrohung Sowjetrußlands!“

### Der Völkerbund verweigert den Hungernden Hilfe.

Der Völkerbund hat seine Beteiligung an dem Hilfswerk für die Hungernden Sowjetrußlands abgelehnt. Er hat damit von neuem bewiesen, daß er nichts anderes ist als eine untergeordnete Zweigstelle des Obersten Rates der Entente. Der Berichterstatter der Kommission für das geplante Hilfswerk, Motta, hat den eigentlichen Grund für dieses katastrophale (für den Völkerbund katastrophal) Vergehen des Völkerbundes offen ausgesprochen: Nachdem die

Mächte (d. h. Frankreich und England) sich geweigert haben, an dem Hilfswerk sich zu beteiligen, blieb dem Völkerbund nichts anderes übrig, als sich dieser Weigerung anzuschließen.

Nansen entlarvte die Verleumdungen gegen Sowjetrußland als das Werk einer Lügenzentrale, die den Zweck verfolgt, die Hungerkatastrophe zum Sturz der Sowjetregierung auszunutzen.

Er könne nicht glauben, so sagte Nansen, daß Europa der Tatsache, daß 20 Millionen Menschen vom Tode bedroht sind, mit verschränkten Armen zuschäue. Aber Europa, das kapitalistische Europa, schaut wirklich mit verschränkten Armen zu, und der Völkerbund wäscht sich bei diesem moralischem Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft seine Hände in Unschuld. Aber das kapitalistische Europa schaut nicht nur mit verschränkten Armen zu, wie Millionen Menschen in Rußland verhungern; in Paris werden Pläne geschmiedet, um das vom Hunger heimgesuchte Rußland mit Krieg zu überziehen, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch das Elend ins Maßlose gesteigert werden kann. Und wir wissen nicht, ob nicht die englische Regierung sich an diesem unmenschlichen Verbrechen auch beteiligen wird.

Zehn Millionen Pfund Sterling hat die Sowjetregierung als Kredithilfe zum Ankauf von Lebensmitteln verlangt. Hunderte von Millionen haben die Entente-regierungen ausgegeben, um das kapitalistische Regime in Rußland wieder aufzurichten. Ungeheure Summen verschlingen ihre Rüstkassen. Aber um Millionen Menschen vom Tode zu retten, dazu bringen die Kapitalisten noch nicht einmal zehn Millionen Pfund auf.

Bedeutung in den Verhandlungen war es, daß der Vertreter Englands, Lord Robert Cecil, sich auf die Seite Nansens stellte. Das gibt immerhin noch einen Funken Hoffnung, daß wenigstens in England noch soviel Selbstbesinnung da ist, um das Hilfswerk nicht ganz in Frage zu stellen.

Nach dem Versagen des Völkerbundes erwächst für das Proletariat Europas eine neue Pflicht. Wenn der europäische Kapitalismus, wenn die europäische Bourgeoisie fast an der Not Rußlands vorübergehen kann, muß das europäische Proletariat eingreifen. Nicht nur dadurch, daß sie Geld geben für die hungernden Arbeiter und Bauern Rußlands, sollen sie ihre Solidarität mit Sowjetrußland beweisen. Sie müssen dazu übergehen, ihre Regierungen zu zwingen, die Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind, damit die schlimmste Not in den Hungergebieten Rußlands abgewehrt werden kann.

### Rede des Wiederaufbauministers Rathenau.

Der Wiederaufbau im Einverständnis mit Bayern und dem Großkapital. Geheiligte Auspönerung der Arbeiter

München, 28. September. Gelegentlich der heute in München stattfindenden Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der auch Ministerpräsident Graf Lichnowsky beiwohnte, hielt Reichsminister Dr. Rathenau folgende Ansprache:

Hochverehrter Herr Ministerpräsident, hochverehrte Herren! Kamens der Reichsregierung habe ich die Ehre, auf das herzlichste zu danken für den warmen Willkommensgruß, der von dem höchsten Vertreter des bayerischen Staates ausgesprochen worden ist.

Wir dürfen sagen, was in den drei Nachkriegsjahren wirtschaftlich von der deutschen Industrie geschehen ist, das verdient die Anerkennung des ganzen Landes, das verdient die Achtung der Welt. Es ist vom Herrn Vorsitzenden davon gesprochen worden, daß der Industrie vielleicht noch nicht der volle Einfluß auf das gesamte Wirken des Landes eingeräumt ist. Was Sie wünschen und beanspruchen dürfen, den Einfluß auf die Regierung durch diejenigen Personen, die überwiegend industrielle Interessen vertreten, diesen Einfluß auf die Regierung wünscht die Reichsregierung selbst. In diesem Augenblick finden Beratungen über die Erweiterung der Regierungsbasis statt. Ich hoffe, daß die Gedanken, die aus der Industrie selbst herrühren, die Anerkennung einer groß gedachten Mission, die dazu führen soll, unsere Finanzlage zu erleichtern, unsere Schuld abzubauen zu helfen, ich hoffe, daß diese groß angelegten Grundzüge zu einem gemeinschaftlichen Programm einer verbreiterten Regierungsbasis werden.

Mit großer Freude hat es mich erfüllt, daß Sie den Beschluß gefaßt haben, die Tagung Ihres Verbandes in dieser wunderbaren Stadt und gerade zu diesem Zeitpunkt abzuhalten. Die Tagung in München bekräftigt von neuem, wie es in den besten Worten des Herrn Bürgermeisters und der übrigen Herren Redner zum Ausdruck kam, den unverwundlichen Zusammenhang zwischen Nord und Süd unseres Landes. (Beifall) Mißverständnisse waren entstanden zwischen Nord und Süd. Jeder hat seine Mißverständnisse viel Sorgen auf beiden Seiten des Landes hervorgerufen, aber mehr als Mißverständnisse können es nicht sein und das es nicht gewesen. Wir Norddeutschen empfinden glücklich den wackeren Ton Ihrer Stimme. Wir empfinden die kräftigste Art Ihrer Rede. Auf unserer Seite

wird die Begeisterung für dieses schöne Land, für diese herrliche Stadt der Wissenschaft und der Kunst nicht aufhören. (1)

Die reifliche Erfüllung des Vertrages von Versailles und das Ultimatum von London verlangen würde die Weltwirtschaft noch tiefer schädigen als uns. Die Weltwirtschaft wird eines Tages das non possumus aussprechen, und diesen Moment werden wir erleben. (Beifall)

Wie liegen denn die Dinge draußen? Sie liegen so, daß England augenblicklich mehr als zwei Millionen Arbeitslose hat. Amerika hat in diesem Augenblick etwa sechs Millionen Arbeitslose. Kompetente Amerikaner haben mir gesagt, es sei wahrscheinlich, daß die Zahl in diesem Winter bis auf 10 Millionen steigt. Nehmen Sie zu diesen Ziffern hinzu, was noch in anderen Ländern an Arbeitslosen existiert, so werden Sie zu dem Ergebnis kommen: die Zahl der Arbeitslosen auf jener Seite ist fast so groß wie einst die Zahl ihrer Kämpfer gewesen ist. Mit der Notwendigkeit, in die Deutschland verwickelt wird, in diesem unerhörten Maße Waren zu produzieren und auf den Weltmarkt zu werfen, mit dieser Notwendigkeit werden aber die Mengen der Arbeitslosen draußen im Auslande sich nicht vermindern, sondern vermehren.

Der einzige Weg, der beschritten werden kann, um aus der europäischen Verwirrung herauszukommen, um die Wege der Reparation innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu beschreiten, ist der der verständigen Ausdrücke und der geschäftlichen Verhandlungen. Diese Dinge müssen aus dem Kreis der Politik herausgehoben werden, sie müssen so behandelt werden, wie wir im Kreise der Industriellen große Fragen und Projekte verhandeln. Wir sind gewohnt, solche Dinge ohne Leidenschaft zu behandeln, die Interessen unserer Gegenpartei richtig einzuschätzen, unsere Interessen offen darzulegen und dann zu sehen, ob ein gemeinschaftlicher Weg zu finden ist, der die beiderseitigen Interessen zusammenführt.

Nach langen Ausführungen über die Organisation der Wiederaufbauleistungen, deren Inhalt wir besprechen werden, schließt Rathenau:

Unter Laub hat die große wirtschaftliche Produktion, die es befehen hat, nicht durch seine Reichthümer erworben, nicht durch die Schätze seines Bodens, nicht durch seine geographische Lage, nicht durch insulare Begünstigung im Weltverkehr, sondern es hat sie erworben durch die Kräfte, die heute noch wirken: Organisation, Disziplin, Wissenschaft, Sachlichkeit, Arbeit und fruchtige Späherführung. Diese Kräfte sind nicht tot. Wenn wir uns diese Kräfte erhalten, so wird unsere Wirtschaft wieder leben, gleichviel unter welcher Beherrschung. Denn auf die Dauer kann nicht der Reichthum, kann nicht die politische Macht entscheiden, auf die Dauer gibt es nur eins, was entscheiden kann: innere Kraft, fruchtige, Willen und über die Welt

## Jena und Görlitz.

Die politischen Gegensätze innerhalb des deutschen Proletariats sind, wie nicht anders zu erwarten war, auf der Jenaer Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes scharf in Erscheinung getreten. Aber trotz der abgesehenen drei Fraktionen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten fehlte nur selten das Bewußtsein, daß hier ein proletarisches Klassenparlament versammelt war. Aus dem Protokoll wird jeder mit Leichtigkeit feststellen können, daß nicht nur die Kommunisten, sondern auch Unabhängige und eine ganze Anzahl Mehrheitssozialisten den Klassencharakter der Tagung ausdrücklich unterstrichen. Fast jeder Redner betonte die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront.

Genosse Braß, der als letzter Diskussionsredner mit verlängerter Redezeit sprach, konnte nach dem Referat Dikmanns und nach den Ausführungen der sechs mehrheitssozialistischen und unabhängigen Diskussionsredner ohne Widerspruch feststellen, daß über folgende Punkte auf der Generalversammlung Übereinstimmung herrschte: 1. Das Elend der Arbeiterklasse bergdöhert sich. 2. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt eine absteigende Tendenz. 3. Helfen kann nur der Sturz des Kapitals. 4. Notwendig ist die proletarische Einheitsfront.

Um zu erkennen, wie weit in Jena die Übereinstimmung ging in der Beurteilung der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und der sich daraus für das Proletariat ergebenden Folgen, braucht man sich nur die ersten Absätze der Einheitsresolution anzusehen, die von Unabhängigen und Mehrheitssozialisten gemeinsam angenommen wurde. Es heißt da:

Die Folgen sind: Wachsender Profit trotz gesunkener Produktion auf der einen Seite, zunehmende Verelendung, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung der heillosen Volksschichten auf der anderen Seite. Dieser Zustand verschlimmert sich fortgesetzt. Die Versuche zu seiner Besserung haben sich alle als zwecklos erwiesen, die kapitalistische Gesellschaft hat kein Mittel, das Uebel zu heilen. Sie ruft wohl solche Krisen hervor, vermag sie aber nicht zu beseitigen.

Diese Probe dürfte zur Charakterisierung der Jenaer Tagung genügen.

Nun stelle man Jena in Vergleich zu Görlitz.

In Görlitz sehen wir eine Versammlung verängstigter Kleinbürger. Es ist schwer zu sagen, ob dieser ausgeprochenen Bürokratenzunft das Beben und Grollen in der proletarischen Unterwelt oder das mit junger Freiheit betriebene Rülmen des deutschnationalen Flügels der Bourgeoisie mehr Kummer und Sorge macht. Mit Recht ist in unserer Tagespresse darauf hingewiesen worden, daß vom 4. August 1914 bis zum Görlitzer Parteitag eine gerade Linie läuft. Im August 1914 hat die Sozialdemokratie das proletarische Klasseninteresse dem „Wohl der Volksgemeinschaft“ geopfert. Diese Einstellung beherrschte sie während des ganzen Krieges. Im November 1918 erdroffelte sie die proletarische Revolte zum „Wohle der Volksgemeinschaft“. Diesem Phantom zu Liebe schlossen die Gewerkschaftsführer sechs Tage nach dem 9. November die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum. Drei Jahre mißachteten die mehrheitssozialistischen Führer das proletarische Klasseninteresse, ebenfalls zum „Wohle der Volksgemeinschaft“.

Indem die Mehrheitssozialisten das Klasseninteresse des Proletariats opferten, vernichteten sie gerade die Grundlagen der wahren „Volksgemeinschaft“. Der Kapitalismus ist historisch überlebt. An dieser Feststellung kann das Problem, ob die kapitalistische Klasse noch über eine starke oder schwache Widerstandskraft verfügt, nichts ändern. Man braucht sich nur das dem gegenwärtigen Zeitalter eigene wissenschaftliche und technische Können vor Augen zu führen, um zu beaeifen, wie relativ leicht es wäre, bei Anspannung aller Kräfte die Lücken, die der Krieg gerissen, zu schließen, unter der Voraussetzung, daß die Produktion ihres kapitalistischen Charakters entleert wäre. Der Kapitalismus ist das Hindernis für die volle Entfaltung der Produktion, für die Einbeziehung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Die kapitalistische Anarchie hat zur Folge, daß in Amerika die Arbeiter hungern, weil eine Überproduktionskrise herrscht, und in Mittel- und Osteuropa verhungern Menschen aus den Ursachen der Unterproduktion, der Knappheit, der Hungernot.

Die Arbeiterklasse ist berufen, aus diesen abertausenden Zuständen einen Ausweg zu bahnen. Nicht weil die Proletarier als Menschen idealer wären als die andern, sondern weil das Interesse der Arbeiterklasse identisch ist mit den Interessen der ganzen Menschheit. Wer also das Klasseninteresse des Proletariats preisgibt, verläßt sich nicht nur an der Arbeiterschaft, sondern lehnt Endes an der ganzen Menschheit.

Die kapitalistische Klasse wird ihre privilegierte Stellung bis zum letzten mit Klauen und Zähnen verteidigen. Sie ist entschlossen, das Proletariat böllig zu verfluchen. Sie von ihr auf wirtschaftlichem und politischem, namentlich auch auf feuerpolitischem Gebiet geschaffenen Maßnahmen beweisen das zur Genüge. Die Proletarier setzen



zu sein. ... aber mit ...  
Zu dieser Tatsache liegt das Geheimnis der Götlicher Demaskierung. Die mehrheitssozialdemokratische ...  
Die Thüringer Sozialdemokratie lehnt in ihrer über-  
großen Mehrheit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei und anderen rechtsstehenden Parteien, die sogenannte „Politik der Mitte“ als inakzeptabel ab.

Die Thüringer Sozialdemokratie lehnt in ihrer über-  
großen Mehrheit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei und anderen rechtsstehenden Parteien, die sogenannte „Politik der Mitte“ als inakzeptabel ab.

### Sozialdemokraten gegen den Götlicher Beschluß.

Im Anschluß an die Resolution des Götlicher Parteitagess schreibt das rechtssozialistische Organ „Das Volk“ in Jena:  
Die Thüringer Sozialdemokratie lehnt in ihrer über-  
großen Mehrheit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei und anderen rechtsstehenden Parteien, die sogenannte „Politik der Mitte“ als inakzeptabel ab.

### Die französischen Kommunisten zu Götlich.

Genosse Rappoport schreibt in der „Humanité“:  
Die schwer ist es doch, der Bourgeoisie zu dienen und gut zu dienen! Seit dem 4. August 1914, diesem unvergesslichen Datum, haben die Mehrheitssozialisten ihr Schicksal mit dem des kapitalistischen Staates verschmolzen. Sie haben mit der Waffe in der Hand den Kaiserismus verteidigt und nach dem er gestürzt war, haben sie sich wieder angeboten, um die Situation zu retten. Die Schwierigkeiten waren aber damit noch nicht beendet. Es war notwendig, die unzählbaren Milliarden zu finden, um dem englisch-französischen Imperialismus zu dienen. Das ist aber noch nicht alles. Die allerniedrigste Reaktion erhob neuerdings ihr Haupt und wurde wieder eine Gefahr für die Bourgeoisie. Die Mehrheitssozialisten sind in der Klippe. Sie müssen den Millionen Proletariats und Kleinrentnern eine neue heilige Landesverteidigung aufschwören, die jederzeit im Krieg. Die Deutschen aus Götlich sagen uns, daß es daran nicht fehlen wird.

### Wie die USV. gegen die Reaktion kämpft.

Die Provokation der USV. bringt an auffälliger Stelle folgende parteiorganische Erwiderung:  
Das Zentralkomitee der USV. hat — leider bisher ohne schließlichen Erfolg — alles getan, die Einheitsfront und Geschlossenheit der Aktion gegen die Reaktion zu fördern. In letztem Aufsatze vom 2. August hat es seiner Forderungen hinsichtlich der Einheitsfront der Gewerkschaften, der USV. und der Reichsregierung, wie besonders gegenüber der Forderung der Mehrheitssozialisten, das Zentralkomitee der USV. ist bereit, die notwendigen Schritte in diesem Sinne zu unternehmen. Es hat der rechtssozialistischen Parteileitung schon Anfang September schriftlich in dieser Hinsicht die notwendigen Schritte unterbreitet und sie gebeten, zu antworten. Die rechtssozialistische Parteileitung hat sich bisher nicht geäußert, ist aber bisher aus Anlaß des Götlicher Parteitages nicht dazu gekommen. Unsere Reichstagsfraktion hat auf Veranlassung des Zentralkomitees anlässlich einer Interpellation über das Verbot der Reaktion und ihre Unterbrechung durch schriftliche Erklärungen im Reichstage eingebracht, die in dieser Sache zur Verhandlung kommen wird.

kommen ins Schlepptau nehmen ...  
die Möglichkeit gegeben haben, den Verrat von Götlich zu begehen. Zum anderen, daß die USV. bestrebt ist, den Kampf gegen die Gegenrevolution in rein parlamentarische Bahnen zu lenken. Mit papierernen Paragraphen allein wird die Gegenrevolution nicht erledigt werden. Wenn man sich, wie die USV.-Führer es tun, auf die Wunderfähigkeit parlamentarischer Beschlüsse verläßt, so schaltet man praktisch die Massen aus. Die „Einheitsfront“ und „Geschlossenheit der Aktion“ aber wird nie da sein, wenn nicht die breiten Massen selbst zur Aktion übergehen.

### Boehners Abschiedsmanifest an sein Volk.

Polizeipräsident Boehner hat Mittwoch sein Gesuch um Enthebung von seinem Posten eingereicht. Er begründet dieses Gesuch mit nachstehender Erklärung: „Die bayerische Regierung hat, dem Verlangen der Reichsregierung nachgebend, in die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes eingewilligt. Der Verfassungsausschuß des Landtages hat gestern hierzu seine Zustimmung erteilt. Damit ist erschwert das Verbot von Straßenkundgebungen und von Versammlungen unter freiem Himmel, ist Verzicht geleistet auf Schußhaft, Ausweisung und Aufenthaltsheschränkung sicherheitsgefährlicher Elemente, insbesondere landfremder Agitatoren, wie sie uns seinerzeit die Räterepublik beider hat. Die Verhältnisse hätten noch nicht gestattet, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Rechts preiszugeben, um so weniger, als die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens für die nächsten Monate bevorstehen. Unter diesen Umständen sehe ich mich außerstande, die Verantwortung der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiterhin zu übernehmen. Ich habe daher heute um Enthebung von meinem Amte gebeten.“

Boehner geht. Er kann nicht leben, ohne Schußhaft zu verhängen, ohne „sicherheitsgefährliche Elemente, insbesondere landfremde Agitatoren“ (welch' wunderbares Deutsch bei diesem böllischen Manne!) verhaften oder ausweisen zu können.

Boehner geht. Doch für die Arbeiterschaft ist es nicht Zeit, mit den Mehrheitssozialisten zu triumphieren. An die Stelle Boehners wird ein anderer kommen, der es auch ohne Ausnahmezustand auf Grund der Abmachungen mit Wirth verfehlen wird, die Arbeiter zu schuriegeln.

### Zur Schließung der Höchster Farbwerke.

Die Ausberrung von 20000 Arbeitern in den chemischen Fabriken in Höchst, Friedheim und Riedelbach am Main stellt sich bei dem Einlaufen genauerer Meldungen immer mehr als ein ganz brutaler Willkürakt des Unternehmertums heraus. Während anfangs durch raffiniert entstellte Meldungen der Direktion an die Presse scheinbar der Eindruck erweckt wurde, als ob die Betriebsleitung durch terroristische Maßnahmen der Arbeiterschaft zur Schließung der Betriebe gezwungen worden wäre, geht aus objektiven Schilderungen unzweideutig hervor, daß die Erregung der Arbeiterschaft mehr als berechtigt ist. Es ist nicht nur die Entrüstung über die Ausräumung des Direktionsbeamten Müllers, daß noch mehr Protesten in die Luft gehen können, was den Konflikt hervorrief, sondern ein ganz gemeiner Wortbruch der Fabrikleitung. Aus den nachfolgenden Meldungen, die wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, geht hervor, daß die Vereinbarungen über wirtschaftliche Zugeständnisse, die jetzt von der Direktion zurückgezogen wurden, nicht unter dem Druck der demonstrierenden Menge gemacht wurden, sondern teilweise schon vor einiger Zeit unter ganz normalen Verhandlungen.

Die Höchster Farbwerke, die seit vielen Jahren als eines der profitabelsten Unternehmen bekannt sind, hatten bei der letzten Jahresbilanz — wahrscheinlich, um die Dividenden nicht zu hoch anzusetzen zu müssen — 12 Millionen Mark für Wahljahrzwecke zur Verfügung gestellt. Die Arbeiterschaft, die sich durch die ungeheure Lernerung in einer immer härter anwachsenden Notlage befindet, bekam von den 12 Millionen Mark nichts zu sehen und verlangte daher, daß zum mindesten ein Teil davon als Wirtschaftshilfe ausgezahlt wird. Ueber die weitere Entwicklung der Dinge gehen folgende Meldungen aufschluß:

„Frankfurter Zeitung“: Mitglieder der städtischen Behörden sagen, daß die vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie gegebene Darstellung der Lage in wesentlichen Punkten unrichtig sei. Die von der Arbeiterschaft gestellten Forderungen seien bei den Verhandlungen am Donnerstag von der Direktion keine Zugeständnisse erzwungen, sondern nur Vereinbarungen zu treffen versucht haben, die aus früheren Forderungen und Verhandlungen, die zum Teil sehr weit zurückliegen, datieren. Der Generaldirektor des Werkes habe die Vereinbarungen unterschrieben, und es habe dann sowohl auf Seiten der Arbeiterschaft wie bei den Vertretern der Regierung und der Stadt, die den Verhandlungen beizutreten die Auffassung gehe, daß die Generaldirektion die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse nicht als geringen aufzähle.

Die Arbeiter erklärten sich mit einer derartigen Regelung einverstanden und der Vertreter der Direktion, Geheimrat Häcker, erklärte ausdrücklich, daß er ohne Rücksicht auf den Zwang der Verhältnisse dieses Zugeständnis gemacht habe. Die dem „Sonnenschein“ gemachten Zugeständnisse, hat sich dann die Arbeiterschaft nach einigen unglücklichen Zwischenfällen wieder bereuigt. In dem „Sonnenschein“-Bericht heißt es dann weiter: „Die ein Stück aus letztem Himmel ist, am Sonntag die Einladung der Direktion zu einer Betriebsversammlung ein, in der sie erklärte, daß es ihr nicht möglich sei, die Zugeständnisse eines Direktionsmitgliedes, eben dieses Geheimrats Häcker, zu erfüllen. Danach wurde die Versammlung erklärt.“

Der kommunistische Kommandeur Schönbach erklärte, sich neutral verhalten zu wollen, gekündet aber den Arbeitern das Recht zu, eine Streikbewegung einzuleiten zu dürfen, damit im Falle der Not nichts gelte und vor allem die Arbeiter und Arbeiterinnen, die von dem Werk aus gehen, in vollem Umfang aufrechterhalten bleibt.

So kam also die „Besetzung“ des Hauptwerkes in der Nacht vom Sonntag auf Montag zustande. Die Besetzungen sind überhaupt nicht durchgeführt. Die Besetzungsgelände sind also direkt an den Hauern herbeigezogen.

Aus der gleichzeitigen Kämpferzeitung in Gießen und Riedelbach geht hervor, daß dem ganzen Komplex ein wohl organisierter Unternehmungsplan zugrunde liegt. Das Hauptkapital ist durch Provisionen und Kuppelungen die Arbeiterschaft wurde gemacht, um sie anzuführen zu ermöglichen zu können. Es ist mehr als fraglich, ob dies mal der Plan gelingt, denn die ganze öffentliche Meinung steht auf Seiten der Arbeiterschaft.

### Der Götlicher Kommunistenprozess.

Beigte sich schon bei Vernehmung der Götlicher Angeklagten der dem Reichsgericht, daß die ganze Angelegenheit auf sehr verwickelten Material aufbaut ist, so tritt das bei den Angeklagten aus Schönbach noch mehr in den Vordergrund. Im streifenden wird die Einheitsfront gezwungen durch einen Anschlag des Angeklagten Peter aus Groß-See bei Schönbach. Ich habe den Eindruck, daß die Rolle Limes erst hier zum Gericht gebracht werden soll: wir haben bisher von einer Rolle Limes nicht gehört. Das oberste Gericht Deutschlands

kann trotz aller Bemühungen, neutral zu erscheinen, seinen Klassencharakter nicht verhehlen, es macht sogar Propaganda für die Monarchisten. Am dritten Verhandlungstage sagt der Gerichtspräsident auf den Ausbruch des Angeklagten Krause, daß er auch bei einem künftigen Rechtspruch wieder das Gewehr in die Hand nehmen würde, um die Verfassung zu schützen. Solche Drohungen dürfen Sie hier vor Gericht nicht aussprechen. Einer der Angeklagten ist von einem Polizeiwachmeister gewarnt und darauf ausmerksam gemacht worden, daß sich die Polizei in Alarmbereitschaft befinden wegen eines drohenden Rechtspruches. Aus dieser Tatsache ist auch der „Hochverrat“ des Genossen Krätchmar geboren: die Rechtssozialisten hatten vor dem Rapp-Busch eine Arbeiterwehr. Die USV. reichte im Rapp-Busch eine Liste ihrer wehrfähigen Mitglieder ein, und diese wurden in die Arbeiterwehr eingereiht. Die Kommunisten hat man abgewiesen bzw. nach dem Rapp-Busch wieder aus der Arbeiterwehr entfernt, weil sie eine Liste eingereicht hätten. Um nun diesen Vorwand für die Zukunft zu beseitigen, hat Krätchmar eine Liste der Rapp-Busch-Mitglieder, die in die Arbeiterwehr eintraten wollten, angefertigt der gefährlichen Situation aufgestellt. Das ist sein Verbrechen. Deshalb wurde er vom Reissauer Sondergericht verurteilt und steht nun vor dem Reichsgericht. Die Protokolle, die verlesen werden, sind den Angeklagten zum größten Teil abgepreßt und von den Angeklagten unter Protest unterschrieben worden. Den Angeklagten Freihold (20 Jahre alt, parteilos) hat die Polizei fürchtbar mit händelt und ihm weitere Mißhandlungen angedroht, wenn er nicht das Phantasteprodukt des Polizeikommissars unterschreibe. Bei Leistung der Unterschrift sollte er freigelassen werden.

### Reichstag.

#### Die Oppauer Katastrophe.

Reichstagsfraktion, Mittwoch, den 28. September.  
Bei den Verhandlungen über die Feuerungszulage der Reichsbeamten wird eine Komödie aufgeführt, die die Beamten mit weiterem Hungern zu bezahlen haben werden. Die Regierungsvorlage sichert den Beamten auch nicht das notwendige Existenzminimum. Sie stößt von Ungerechtigkeiten gegen die Beamten der niederen Gehaltsklassen. Alle Parteien des Reichstags erklären sich mit dieser Vorlage nicht einverstanden, weil sie der Not der Angestellten nicht milde und — die Vorlage wird angenommen. Denn es ist etwas anderes, barmherzige Pfaffen zu machen und etwas anderes, zu zahlen. Zuerst gaben die Vertreter der Regierungsparteien einer nach der anderen die Erklärung ab, daß der Gesetzentwurf vollkommen unzulänglich sei.

Abg. Steinlopp (Soz.) erklärt: Eine fühlbare Milderung der Not der Beamten bringt diese Erhöhung nicht. Die Spitzenorganisationen sind nicht befriedigt. Auch wir sind nicht befriedigt. Aber wir stimmen dem vorliegenden Gesetzentwurf zu. Wir hoffen mit Bestimmtheit, daß eine neue Vorlage bald die Wünsche der Beamten erfüllen wird.

Abg. Frau Bley (USV.): Die Feuerungszulage hebt die Not der Beamten bei weitem nicht auf. Der Gesetzentwurf enthält auch schreiende Ungerechtigkeiten. Wir haben aber mit Befriedigung festgestellt, daß die Regierung bei diesem Gesetzentwurf selbst die Initiative ergriffen hat. Auch wir stimmen der Vorlage zu. Auch wir hoffen mit Bestimmtheit auf eine baldige neue Vorlage der Regierung.

Abg. Marx (Komm.): Wenn es mit schönen Worten getarnt wäre, dann könnte es keinem einzigen Beamten in Deutschland heute mehr schlecht gehen. Aber Ihre Taten stehen in trübseligem Gegensatz zu Ihren Worten. Die Beamten mit höheren Gehältern bekommen dem Gesetzentwurf entsprechend viel höhere Feuerungszuschläge als die Beamten der niederen Gehaltsklassen. Wenn schon eine Staffelung durchgeführt wird, dann müssen die schlechter bezahlten Beamten höhere Feuerungszulagen bekommen. Die Arbeit der weiblichen Beamten darf nicht schlechter bezahlt werden, als die der männlichen. Der Gesetzentwurf verfolgt nur den Zweck, eine wirkliche Behebung der Notlage der Beamten hinauszuschieben. Wir verlangen ihm deswegen unsere Zustimmung.

Die mehrheitssozialistische Interpellation fordert die Regierung auf, festzustellen, welche Umstände das Unglück verursacht haben und was zur Verhinderung derartiger Unfälle geschehen kann, ferner den Geschädigten aus öffentlichen Mitteln die erste Hilfe zu leisten.

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion fordert die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und die sofortige Vorlage eines Gesetzes, das eine ausreichende Unterstützung der Betroffenen auf Kosten der chemischen Industrie bestimmen soll.

Abg. Frey (Soz.): Die Erklärungen der Fabrikdirektion über die Ursachen des Unglücks können uns nicht befriedigen. Während des Krieges wurden ähnliche Verbindungen als Explosivstoffe zur Vernichtung von Menschenleben benutzt. Noch immer lagern in Oppau 8000 Tonnen Ammoniumsulbat. Die Firma beruht durch Sprengungen, die sie immer mehr überhäuft, Gefahr zu erziehen, woraus die Arbeiter große Gefahren befürchteten. Die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa müssen erfüllt werden, jedoch halten wir die Vorlage eines besonderen Gesetzes nicht für erforderlich. Dem kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, an dem auch Arbeitervertreter teilnehmen, stimmen wir zu. (Trotz dieses Versprechens können die Rechtssozialisten dann dagegen.)

Reichsarbeitsminister Brauns schildert in einer die Größe des Unglücks nicht wiedergebenden Weise die Katastrophe und verliest Erklärungen der Fabrikleitung über die Ergebnisse ihrer bisherigen Untersuchungen. Die Berichte der chemisch-technischen Reichsanstalt haben ergeben, daß das Material bei Anwendung größerer Sprengstoffmengen bei jedem Einschlag in eiserne Röhren zur Explosion gebracht werden kann.

Die Untersuchung wird fortgesetzt. Die Reichsregierung hat 1. e Bewilligung von 10 Millionen Mark zur Hilfeleistung für die Opfer beantragt. Ein besonderes Gesetz zur Verjüngung der Opfer von Oppau ist nicht notwendig.

Abg. Semmler (D.R.) erklärt die Untersuchung für eine Sache der Sachleute auf dem Gebiete der Chemie und nicht der Politik (Entrüstung links).

Abg. Schwarz (U.Soz.): Die Direktion der Fabrikanten-Kaufmannschaft darf nicht so tun, als ob ihre Unschuld schon einwandfrei bewiesen wäre. Ein Gesetz ist erforderlich, weil die heute gezahlten Renten nicht einmal dazu ausreichen, einen Satz dafür zu kaufen. Die Unterstützung erfolgt jetzt empörenderweise wie eine Wohltat, nicht wie eine selbstverständliche Pflicht der Gesellschaft.

Abg. Krumm (Komm.): Wir haben den Opfern der Katastrophe gegenüber die Pflicht, die Schuldigen ausfindig zu machen. Von bürgerlicher Seite ist die Angelegenheit brutal und oberflächlich behandelt worden. Die Erklärung des heutigentäglichen Redners ist geradezu eine Herausforderung der Öffentlichkeit. Die Katastrophe ist eine Wunde der Proletariat, des gewissentlichen



Praktikanten der Unternehmer. Neue Erfindungen an Ort und Stelle werden sich in vielen Branchen mit den Ausführenden des sozialdemokratischen Redners. Auch wird gesagt, daß bei den Sprengungen sehr häufig vorgegangen worden ist. Die Sprengungen mußten oft von Angehörigen ausgeführt werden, die nicht Sprengmeister waren. Die Arbeiter sagten mir aus, daß man schon lange vor dem Unglück eine Katastrophe befürchtete. Einige Tage vor der Explosion sprach man davon, daß ein

neues Sprengmittel ausprobiert werden sollte, um die Leistungen zu steigern. Die babische Amalfabrik ist wegen ihrer gewissenlosen Forcierung der Produktion bekannt. Das Prämiensystem darf bei diesem Produktionszeig unter seinen Umständen mehr gebildet werden.

Zur Reichsregierung haben wir kein Vertrauen, daß sie die Angelegenheit unparteiisch untersucht und auflärt. Die Hilfe, die die Reichsregierung vorschlägt, ist vollkommen ungenügend. Die Bourgeoisie denkt nicht daran, wirklich zu helfen. Während die Arbeiter unter höchster Lebensgefahr nach der Katastrophe sofort zur Hilfeleistung schritten und helfen, soviel, wie sie können, gewähren die Kapitalisten und Willen in Rannheim und Ludwigsbafen den Obdachlosen kein Quartier. Auch wir sagen nicht, daß es einen subjektiv Schuldigen gibt. Die objektive Schuld aber liegt an der Prostitution des Kapitalismus. Die Unternehmerschaft der chemischen Industrie muß in erster Linie zum Ersatz der Schäden herangezogen werden. Die Ausschüsse, die die Geldverteilung für die Betroffenen bestimmen, müssen vor allem aus den Arbeitern der Werke dort zusammengesetzt werden. Die Unterstützungssummen müssen so hoch angesetzt werden, daß sie das Existenzminimum sichern. Wenn Sie den Betroffenen wirklich helfen wollen, dann müssen sie unseren Vorschlägen zustimmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Der Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wird angenommen; der kommunistische Antrag, daß dieser Ausschuss auch Angehörige und Arbeiter zuziehen muß, die von den in Oppau Beschäftigten gewählt werden sollen, wird von allen bürgerlichen Parteien und den Rechtssozialisten abgelehnt. (Entrüstungsrufe bei den Kommunisten.)

## Preussischer Landtag.

Während hinter den Kulissen eifrig um die Ministerposten geschachert wird, zeichnet sich die erste Sitzung des Preussischen Landtages nach den Sommerferien durch ihre Inaktivität aus. Sie beschaffte sich mit Anträgen und kleinen Vorlagen.

Ein Abänderungsantrag zum Beamtendienstgesetz sowie ein deutschnationaler Antrag über das Beförderungsdienstalter der Militärantwörter werden an den Beamtenauschuss überwiesen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch über die Beibringung von Zeugnissen bei Eheverhandlungen von Ausländern im Inlande geht an den Rechtsausschuss.

Es folgt die Beratung der Abänderung der Anordnung vom 10. August 1920 betr. die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften. Die USP beantragt eine Abänderung des § 5, in dem die Ortspolizeibehörde ermächtigt wird, weiblichen Angestellten die Beschäftigung in einer Gast- oder Schankwirtschaft zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß sie bei Ausübung ihres Berufs die guten Sitten oder den Anstand erheblich verletzen. Die Befugnis zur Unterjagung der Beschäftigung in einer Gast- oder Schankwirtschaft soll nach dem USP-Antrage Aufsichtsorganen übertragen werden, in denen neben weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten die Organisation der Gastwirtschaften und Gehilfen miteinwirken.

Die Genossin R u b e t o i g weist darauf hin, daß die Schuld an den größten Verstoßen gegen die Sittlichkeit in den Anmieten nicht die Angestellten, sondern die männlichen Besucher trifft. Sie unterstützt den Antrag der USP. Die Vorlage wird dem Bevölkerungsausschuss überwiesen.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei über Einsetzung je eines ständigen Ausschusses für das ländliche Siedlungs- und das städtische Wohn- und Heimstättenwesen und ein demokratischer Antrag, der die Trennung des Ausschusses in einen Ausschuss für das landwirtschaftliche Siedlungs- und Heimstättenwesen und einen Ausschuss für das Wohnungs- und Wohnheimstättenwesen will, werden nach kurzer Debatte abgelehnt.

Die USP hat die Wiederaufnahme der Beschäftigungs- und Landgewinnungsarbeiten im Kreise Siedlungsarbeiten beantragt. Nach kurzer Debatte wird der Antrag durch den Beschluß des Hauptausschusses, der das Staatsministerium um Prüfung ersucht, für erledigt erklärt. Der Antrag S t e r l i n g (Soz.) auf Annahme eines Gesetzentwurfes über das Heimstättenwesen wird dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen. Ein Antrag des Zentrums auf schleunigte Verlegung eines Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Haussteuer und ein eben solcher Antrag der Demokraten wird nach kurzer Debatte an den Handelsauschuss überwiesen.

Die Deutsche Volkspartei beantragt eine größere Förderung der Königsberger Universität. Ein Regierungsvorsteher erklärt, daß hierzu schon Maßnahmen getroffen sind und Mittel bereitgestellt worden sind. Hierauf wird die Debatte geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag, 12 Uhr. Anträge und kleine Vorlagen.

## Beschützer.

Von August Strindberg.

„Eben das wollte ich, siehst du, aber man darf nicht alles, was man will, und unsere hohen Beschützer erlauben nicht, daß der Handel abwärts geht, was das selbe ist, daß die Kannen in die Höhe gehen.“

Ein Getreidebeträger kam herein und setzte sich neben Boo. „Das ist eine wirklich feine Kanne; wo kann man die kaufen?“ fragte er.

„In der Hölle kannst du die kaufen,“ sagte Boo ärgerlich.

„Wäre es nicht so weit dahin, würde ich bald eine haben, wenn sie nicht allzu teuer ist.“

„Es ist doch ganz unbegreiflich, je gelehrter man wird, desto dümmert man. Ist es glaublich, daß von den vier Reisern nicht mehr als einer begriff, wie ausgerechnet diese Kanne hier ist?“ zitierte Boo.

„O, sie begreifen es schon,“ meinte der Getreidebeträger, „und da r u m w a r e n sie es nicht anerkennen, aber das sage ich, wer solche Kannen verkauft, der würde mit einem Schläge reich!“

Boo sah dort bis zum Abend und ließ seine Kanne bewundern. Als der Krug um 9 Uhr geschlossen wurde, ging er mit einem halben Reusch nach Hause und legte sich vergnügt in Majer, seine liebe Kanne neben dem Kopfkissen.

Am folgenden Tag hatte Boo ein längeres Gespräch mit Meister Pabel, mit der Wirkung, daß Boo, der durch Ordnung und Sparfamkeit einige Hund Zinn gesammelt hatte, Erlaubnis erhielt, für eigene Rechnung in der alten Küche zu arbeiten, denn Meister Pabel war ein sehr feiner Mann, der andere auch leben ließ, da das Schicksal es ihm vergönnt hatte, selbst so gut zu leben.

Boo war vierzehn Tage lang nicht in der Stadt zu sehen, und die Sache mit seiner Kanne war vergessen, denn man hatte von so viel andrem zu schwärzen.

# Die Märzaktion vor dem Untersuchungsausschuss.

## Neue Beweise für die Ermordung von Kommunisten.

Ausführlich wurde am Dienstag vor dem Untersuchungsausschuss noch „Zivilkommissar“ K u n z e m a n n vernommen, der bekanntlich die Mansfelder Arbeiter gewerkschaftlich im Auftrage von Hörsting mit dessen Polizeiaufgebot verhaften sollte. Er erzählte zunächst, wie ihn die Militärischen und Monarchisten im Magdeburger Oberpräsidium zuerst geschnitten haben und wie die Regierungspräsidenten, denen seine Tätigkeit von Hörsting wie frische Semmeln angeboten worden war, auf seine Berufung verzichtet haben, so daß er nur für seinen Herrn und Meister tätig sein durfte. Er mußte zugeben, daß bei der Schuppelzeit vielfach Leute, die sich politisch verdächtig gemacht hatten (damit sind wahrscheinlich die republikanisch gesinnten Mannschaften gemeint), wegen „Erregung von Mißvergnügen“ entlassen wurden. In Mansfeld selbst, wohin er mit Major Folte am 19. März übergeleitet sei, hat er wie ein Kriminalpolizist in Zigarrenläden und Smeipen sich unter die Leute gemischt und von ihnen natürlich erfahren, daß in Mansfeld erschrecklich viel gestohlen wurde. Selbstverständlich hat er auch den berühmten „kleinen Mann“ getroffen, der die ganze Nacht vor seinem Schweinefleisch-Wache stehen mußte, um die bösen Diebe abzuwehren, die ihn um Speck, Schinken und Butter bringen wollten. Er habe in Eisleben vor dem Einzug der Schuppelzeit eine Sitzung betanklet, bei der Vertreter aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen, anwesend waren. Dabei sei von allen ohne Ausnahme der Wunsch geäußert worden, daß Schuppelzeit nach Mansfeld geschickt werden solle. Natürlich haben die bösen Mansfelder Arbeiter dem redseligen Zivilkommissar nicht recht geglaubt, als er ihnen erzählte, was für gute Absichten Hörsting und seine Polizei hätte, und welche bösen Absichten sie nicht hätte. Aber schließlich sei die Stimmung doch gut gewesen. Der Rechtssozialist Kunzemann rühmte sich, daß er das Vertrauensmännersystem des Bergarbeiterverbandes benutzt habe, um die Mansfelder Bergleute, die zur Abwehr der polizeilichen Besetzung in den Streik getreten waren, wieder zur Arbeit zu bringen.

Aber sehr kleinlaut wurde er, als er zugeben mußte, die Zahl der Streikenden sei sofort größer geworden, als er aus Eisleben nicht mehr heraus konnte. Mit den Offizieren habe er stets gut zusammen gearbeitet. Nur mit dem Major Lampe habe die Sache nicht geklappt und zwar aus folgenden Gründen: Nach dem Abschluß der Kämpfe habe die Bürgergarde vielfach Liebesgaben für die Polizeimannschaften abgeliefert, die er zuerst verwaltet habe. Als Major Lampe seinen Dienst antrat, habe er ihm diese ehrenvolle Funktion abgenommen und bei den Auseinandersetzungen sei er — Kunzemann — dahintergekommen, daß Lampe ihn an gel o g e n hätte über seine Beziehungen zur Geschäftsstelle des Landbundes, in der die Liebesgaben sammelstelle später untergebracht worden sei.

70 Rentner Schinken, 60 Rentner Speck und 6000 Eier hätte der Landbund für die Polizei gesammelt.

Ja, ja, die Agrarier können Lebensmittel abgeben, sogar verschreiben, wenn es um die Ermunterung von Soldaten geht, die Arbeiter totschießen sollen; Arbeiter, ihre Frauen und Kinder, lassen sie rücksichtslos verhungern oder nehmen ihnen Hungerpreise für ihre Produkte ab! So entstand in der Bevölkerung, erzählte der Zeuge weiter, die Auffassung, die Schuppelzeit stände im Dienste des Landbundes. Eines Tages sei ihm auch zuverlässig berichtet worden, im Seminar Eisleben habe ein P i e r s t ein festgefunden (natürlich mit Freiber, daß die Kapitalisten gestiftet hatten), wobei vor den Offizieren ein Paradezug mit schwarz-weiß-roten Fahnen abgehalten worden sei. Diese Meldung hätte sich bestätigt; ein andermal habe er selbst gesehen, daß im Dienstzimmer der Schupo in einer Bierstube eine schwarz-weiß-rote Fahne gesteckt habe. Solche Zustände hätten natürlich böses Blut gemacht. Am meisten aber die durch den Major Lampe veranlaßte vollkommen grundlose Verhaftung des Gewerkschaftsbeamten Hendrich, der nicht nur mit dem Auffstand nicht sympathisierte, sondern lebhafteste Unterstützung bei der Belämpfung des Aufstandes geleistet habe. Hendrich sei den ganzen Tag gefangen gehalten, obendrein sei ihm die P i e r s t a s c h e g e p l a n d e r t worden durch Schupo-mannschaften. Unter dem Eindruck dieser Zustände habe er allerdings zu Major Lampe gesagt:

„Wenn ich mal weg bin, passieren die größten Schweißereien. Den Dreck, den diese Herren einrühren, wollen sie nicht ansprechen!“

Klaglich war die Rechtfertigung des Zivilkommissars gegenüber dem Vorwurf der Rechtsparteien, daß er in Veramm-lungen zugunsten der SPD geredet habe. Er erzählte eine lange Geschichte, wie es in Eisleben so unruhig gewesen sei, wie die ganze Bevölkerung nach Aufklärung verlangt habe, wie er kraft seines Amtes als Vernehmungskommissar dann mit dem Polizeinspektor und dem Oberbürgermeister von Eisleben darüber gesprochen hätte, ob man nicht eine Versammlung einberufen solle. Das sei dann durch die Sozialdemokratische Partei geschehen. Die Versammlung wäre gut besucht gewesen; aber so fügte Herr Kunzemann ein wenig betrübt hinzu:

meist von Bürgerlichen, denn in Eisleben gibt es nur wenig Anhänger der SPD. Mit feurigem Stolz aber rühmte er sich seiner reberischen Leistung, ihrer Wirkung, und daß die Bürger gesagt hätten, daß sei etwas Wunderbares gewesen, daß ihm wie einem Helfen-tenor ganze Städte von Dankesbriefen ins Haus geschickt wurden und daß ihm sogar der Generaldirektor Heinrich von der Mansfelder Gewerkschaft eine lobende Anerkennung ausgesprochen habe! Der Ausschuss war sehr gerührt ob solcher Selbstbeweihräucherung!

Aber dann schritt Genosse K l i a n wieder das dunkle Kapitel von der Mißhandlung der gefangenen Arbeiter im Eislebener Seminarzellen an. Ob der Herr „Zivilkommissar“, dessen Amt es gewesen wäre, die Bevölkerung zu beruhigen, nicht Beschwerden bekommen und was er zum Schutze der Gefangenen unternommen hätte. Zuerst wußte Herr Kunzemann nur von einem einzigen Fall etwas. Aber da der Mißhandelte bereits zum zweiten Male verhaftet worden war — das erste Mal, wie zugegeben wurde, gänzlich unschuldig! — und da man ihm nachsagte, er hätte auf einen verwundeten Beamten eingeschlagen, so habe er trotz des flehentlichen Bittens des Verhafteten erklären müssen: „Ich kann Sie nicht helfen!“

Dann auf einem Male, als der Abg. L i e b l i n e c h t fragte, wußte der Zeuge noch einen zweiten Fall. Schließlich, als an den gemeinsamen Bezug von Briefen mit Major Folte erinnert wurde, gab er diesen dritten Fall zu: endlich sogar nach Verlesung von Briefen, die mißhandelte Kämpfer aus dem Zuchthaus an unsere Fraktion geschickt haben, einen vierten, wo ein Mann bereits mit stark verbundenen Kopf eingeliefert wurde. Aber weiter wußte Herr Kunzemann von Mißhandlungen nichts. Wer da weiß, wie entsetzlich die Brügellisten im Eislebener Seminarzellen gewesen sind, wird über diese Unkenntnis einigermaßen erstaunt sein, sie vielleicht gar nicht glauben.

Darauf wurden die Vernehmungen abgebrochen und auf zwei Wochen ausgesetzt. In der Zeit, da der Landtag Sitzungen abhält, sollen Sitzungen des Ausschusses nicht stattfinden. — Bei einer Besprechung der Geschäftsliste stellte ein Vertreter des Zentrums ungläubigerweise den Antrag, die Beweis-erhebungen des Ausschusses zu schließen. Hiergegen protestierte Genosse K l i a n auf das Schärfste. Die Kommunisten, denen schwere Vorwürfe im Anschluß an die Märzkämpfe gemacht wurden, hätten infolge der Methode der Generalzeugen noch keinerlei Gelegenheit gehabt, ihre Zeugen vor den Ausschuss zu bringen. Bisher haben andauernd Lobreden auf Sebering und Hörsting, auf ihre Schuppelzeit und Wiberreden dagegen gehört. Ueber die

landrechtlichen Erdschiebungen, die von den amtlichen Stellen noch immer bestritten werden, müsse der Ausschuss unbedingt Klarheit schaffen. Nach seinen genauen Feststellungen seien widerrechtliche Erdbewegungen durch die Schuppelzeit oder Reichswehr vorgenommen worden in Quersfurt, Schaffstädt, Schraplau, Bischofsrode, Berkenstedt, Helbra, Klostermansfeld, Eisleben, Leunawert, Osmünde.

In B i s c h o f s r o d e seien am 1. Ostertag durch ein Kommando der Schuppelzeit acht Männer landrechtlich erschossen worden, darunter fünf Einwohner von Bolzrode. Sie seien in einem Hause ohne Waffen festgenommen, ohne Verhör erschossen worden. Ein Zeuge hat die Erschießung genau beobachtet. Er will, sogar gehört haben, daß ein dem Polizei-kommando beigegebener Arzt gerufen habe, als einer der Erschossenen sich nach einmal aufrichtete: „Der hat noch nicht genug, geht ihm einen ordentlichen Dentszettell!“

In S c h r a p l a u wären am 2. Ostertag durch die Schupo in einem Raschhofen nach furchtbaren Mißhandlungen sechs Arbeiter erschossen worden, darunter drei aus Schraplau und drei aus Ebeden. Der Arbeiter Reinhold Poplitz sei am Körper über und über mit Seitengewehrblättern bedeckt gewesen, die Eingeweide hätten aus dem gerissenen Unterleibe herausgehungen.

Es fanden zwei Personen als Zeugen zur Verfügung, die die Vorgänge genau beobachtet hätten, weil sie auch für die Erschießung bereitgestellt waren. Ueber die furchtbaren Mißhandlungen des landrechtlich erschossenen Arbeiters Peter in Quersfurt habe sich sogar die Frau des Amtsgerichtsrats, die diese Unmenslichkeiten nicht mehr ansehen konnte, erklärt. Daß an dem Lagerhalter Straube aus Quersfurt ebenfalls ein Mord begangen wäre, würde sich aus der Vernehmung des hiesigen Bürgermeisters und des Wächters der Zuckersabrik Schaffstädt, in deren Nähe Straube erschossen worden sei, ergeben. Im Konjunkturere in Quersfurt hätten Schuppelzeitigen erhebliche Vorräte an Zigarren und anderen Waren, sowie Geld, geraubt;

was bezeugt werden könne. Die Ermordung des Arbeiters Zillmann aus Halle im Leunawert zu betunden, habe sich gleichfalls ein Augenzeuge erhoben. Zu den übrigen Grausamkeiten der Schuppelzeit weitere Zeugen zu benennen, behält er sich vor.

Unter der Wirkung dieses furchtbaren Auslagematerials zog der Zentrumsabgeordnete seinen Antrag auf Schluß der Vernehmung zurück.

Aber eines Morgens bei Tagesanbruch belamen die Mägde der Stadt etwas zu sehen. Mitten auf dem Großmarkt, gerade gegenüber dem Rathaus, war Bosse dabei, einen Tisch aufzuschlagen, der aus einigen Brettern bestand, die auf Stützen gelegt wurden. Als der Tisch fertig war, nahm er eine Kanne nach der anderen hervor und reichte sie auf den Brettern auf, und siehe da, alle Kannen waren von derselben Form wie die, die er auf dem Rathaus vorgezeigt hatte und die vom hohen Amt nicht gebilligt worden war.

Um neun Uhr hatte Bosse das halbe Lager verkauft. Froh und vergnügt sah er auf dem Tisch, die Beine unter sich gekrenzt, und rief: „Kannen, Kannen, wer will kaufen Kannen?“ Als er dies einige hundert Male wiederholt hatte, fing er an, die Worte in einen Gesangton eigener Erfindung zu setzen.

Um zehn herum, als die Sonne hoch am Himmel stand und die Gefellen ihre Freistunde hatten, sah man die Kannergelager-gefallen sich in Gruppen um Bosses Tisch sammeln. Einige von den Vorachtigsten fielen beunruhigende Bemerkungen von der Gefahr, Zunftordnung und Vortrechte zu brechen; andere nickten beifällig und sagten halblaut: „Sieh deinen Mann, Bosse.“

Inzwischen hatte der Altermann der Kannergelager die Morgenstunde kennnt, um auf dem Rathaus einen Besuch zu machen. Er kam mit schweren Schritten den Hügel herauf und warf sehnsüchtige Blicke nach dem Ende der Straße, während er sich mit seinem Stod weitertrieb. Auf den Markt hinaufgekommen, blieb er stehen und wusch sich den Schweiß von der Stirn. Sein Auge überblickte schnell die Kannergelager auf dem Markt und fand nichts Ungeübliches oder Unruhigerregendes. Er setzte den Stod auf den Boden und wollte gerade seine Wanderung fortsetzen, als sein Ohr von einem seltsamen Laut getroffen wurde, der aus der Entfernung dem Krähen eines Hahnes gleich, aber wohl Gesang vorstellte sollte.

„Kannen, Kannen, wer will kaufen Kannen? Kannen, so weit wie des Altermanns Strümpfe. Kannen, so groß wie des Bürgermeisters Strümpfe. Kannen, Kannen, ohoi!“

Der Altermann stürzte mit hochgehobenem Stod in den Volkshaufen hinein, der Bosse Tisch umringte und der nur schwer nachgab, um dann desto fester den fetten Altermann festzuklemmen, der nun wie in einem Amboß saß und unter dem Jubel der Menge Bosses Schmachweise anhören mußte, die dieser von neuem mit gehörigen Wendungen aufnahm, begleitet von dem wiederholten sil sil des Hausens.

Der Altermann fing an zu schreien: „Du Erzschelm, du wagst Gesetze und Verfassungen zu brechen.“

„Ich habe keine Verfassungen gebrochen,“ sagte Bosse.

„Du hast einen Laden aufgemacht, du Verräter!“

„Dies ist kein Laden,“ antwortete Bosse.

„Aber das ist ein Tisch.“

„Nein, das ist kein Tisch, das sind nur einige Bretter, und übrigens steht in der Zunftordnung, daß man keine Fenster aufmachen dürfe. Hier sind keine Fenster zu sehen, wenn der Altermann nicht welche dort oben — am Himmel sieht!“

„Du verkaufst Kannen, du teuflisches Hehl!“

„Die Leute sind es, die sie kaufen, Altermann!“

„Und du singst Schmachwörter, du Rader!“

„Ich singe von den Strümpfen des Altermanns!“

„Nein, du singst was Hässliches, du hässliche Fratze! Steh her, Bürgermeister und Bausendredner! Hierher!“

Der Bürgermeister zeigte sich jetzt in einem Fenster und war im Augenblick über die verwirrte Lage seines Fremdes klar. Er gab einen Wink ins Zimmer hinein, und bald schloßen der Trommelschläger der Stadt in einem anderen Fenster. Die Trommel gab einen kurzen Applaus.

„Steh euren Mann, jetzt!“ sagte Bosse zu den Gefellen.

Aber die Trommel begann zu wirbeln, und da ging es wie ein Schred durch den Haufen. Er verhielt sich und löste sich wie eine Wolke auf.

„Stehst euren Mann,“ schrie Bosse, „jetzt gilt es!“

(Fortsetzung folgt)



# Breslauer Nachrichten.

## Die Verchtigung des Generalsstaatsanwalts.

In der Verchtigung des Generalsstaatsanwalts (siehe Nr. 296 vom 15. September der „Zeitg.“) sendet uns ein inhabilierter Genosse folgende Erwiderung:

1. Die Verchtigung ist derart, daß nur Menschen mit robuster Konstitution sie überhaupt zu genessen vermögen, und selbst diese auf die Dauer nicht ohne Schädigung ihrer Gesundheit. Gefangene mit empfindlichem Magen werden durch die Inhaftverpflichtung geradezu gesundheitlich ruiniert. Bei mir wandert zwei Drittel des Inhaftessens in den Mübel. Wenn auch die Quantität des gereichten Essens ausreichend erscheint, so ist die Qualität ganz minderwertig; vor allem schädigt der völlige Mangel an Fett und tierischem Eiweiß, sowie die unzureichende Prostration und die dünne, meist nur Wasser mit irgendeinem Nährsalz enthaltene Abendsuppe.

2. Um so notwendiger wäre die Erleichterung der Versorgung der Gefangenen durch Palette. Doch gerade diese wird von der Gefängnisverwaltung sabotiert. Zwar steht theoretisch dem Untersuchungsrichter das unumschränkte Verfügungsrecht in Sachen der ihm anvertrauten Gefangenen zu, doch kümmert sich faktisch der Richter um weiter nichts als um die Zensur und überläßt alles andere gleichgültig dem Gefängnisdirektor Langer, der sich bei etwaigen Beschwerden stets mit Unschuldsmiene hinter dem Untersuchungsrichter versteckt. Aus Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit und Rücksichtlichkeit bedt der Richter stets das eigenmächtige Vorgehen des Direktors, so daß Beschwerden ganz aussichtslos sind. Ich habe in dieser Beziehung meine Erfahrungen unter dem Deckmantel der Untersuchungsrichter verfügt die Gefängnisverwaltung vollkommen jenseits über den Palettenempfang und erläßt fortlaufend einschränkende Bestimmungen mit der Tendenz, diesen gänzlich abzubrechen.

Die Palette werden tatsächlich ausnahmslos hinter unserm Rücken geöffnet und die Kontrolle, die wir über die regelrechte Ablieferung haben, ist rein fiktiv.

3. Genosse Klein ist lediglich bestraft, weil er Material gesammelt hat, zur Aufdeckung der gegenrevolutionären Geheimorganisationen in O.-S., ferner Material über die unerschönte Gefängnisverwaltung und weiter wegen einer Beschwerbeführung über das dem Genossen Krause zugesetzte Unrecht.

4. Genosse Reumann ist tatsächlich von Barbeche geschlagen worden. Uns sind noch zahlreiche andere Fälle bekannt, in denen sich Barbeche besonders und auch noch andere Gefängnisbeamte im Mißhandeln wehrloser Gefangener hervorgetan haben.

5. Bedrohung beschwerdebeführender Gefangener ist an der Tagesordnung, hierbei zeichnet sich Gefängnisoberinspektor Marquardt durch besondere Niedertracht aus.

Nach den uns täglich zugehenden Beschwerden ist die berühmte „Graupe“, das Breslauer Untersuchungsgefängnis in der Tat ein verlautes dreifaches Loch, in denen aufrechten Gefangenen das Leben zur Hölle gemacht wird.

Alle Verchtigungen des Herrn Oberstaatsanwalts helfen nicht über die Tatsachen hinweg, daß insbesondere die politischen Gefangenen, denen noch nach der Verordnung des preussischen Justizministers weitgehende Erleichterung ihrer Haft zugesprochen ist, unter der Fuchtel des galligen Direktors Langer und eines Zeils seiner jüdischen Beamten, schwer zu leiden haben.

Das Demütigen des Generalsstaatsanwalts ist in allen Stufen unklar und stellt eine unverständliche Täuschung der Öffentlichkeit dar. Ob der Generalsstaatsanwalt seine Verchtigung im guten Glauben, von der Gefängnisverwaltung lügenhaft unterrichtet, oder in Kenntnis der wirtlichen Tatsachen mit diesen unerhörten Zuständen einverstanden, zum Schutze des ihm anvertrauten Augustasalles getan hat, kann uns schließlich gleich sein. Verlangen müssen wir hingegen mit allem Nachdruck, daß endlich eine Aenderung eintritt.

Den Generalsstaatsanwalt Müller hat einer unserer Genossen schon 1917 als Großkühlerer Festungsgefänger kennen gelernt. Damals ist dieser laubere Herr durch einen Appell der Gefangenen an den Justizminister der Monarchie in die Knie gezwungen worden. Es scheint aber, daß diese monarchistischen Helben als Beamte der Republik noch schamloser und brutaler ihr unfauberes Handwerk betreiben können.

Der Gefängnisdirektor Langer und sein Gehilfe Marquardt, die als schamlose Lügner ihre Brutalitäten vor ihren Vorgesetzten abkriechen, vertrieben sich dann als Feiglinge, indem sie vor den Gefangenen sich hinter ihren Vorgesetzten verstecken und mit dreifacher Stimme fromm und gottesfürchtig alle ihre Taten abkriechen.

Gefängnisdirektor Langer hat einem unserer Genossen auf eine Beschwerde überhaupt nicht geantwortet und als derselbe genaukt und skandalisiert eine Beschwerde direkt provoziert, um diesen Saustoll endlich einmal vor aller Öffentlichkeit auszumitteln, ging dieser „Direktor“ wohlwiegend, daß er dabei den kürzeren ziehen würde, Mißhandlungen drüberweg.

Die Qualereien unserem Genossen Klein gegenüber sind besonders verächtlich worden, als er einem kommunistischen Landtagsabgeordneten, der die Erlaubnis hatte, alle unsere Genossen zu besuchen, die Mißstände schilderte. Aus Rache über die Andeutung begann dann der inhumanste Selbstzug gegen unsere Genossen.

Sie fordern den Herrn Generalsstaatsanwalt auf, sich zu unseren Anschuldigungen zu äußern. Wir sind bereit, alle diese Behauptungen zu beweisen. Wir können aber noch mehr Material bringen, und werden uns nicht scheuen, dieses der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

## Die Inhaftnahmen des Detektivs „Dulas“ vor dem Schwurgericht.

Anfang März dieses Jahres machten wir auf die Nachrichten des von dem Grafen Pfeil gegründeten Jahresüberwachungsvereins „Dulas“ aufmerksam. Derselbe hat sich den Untersuchern, besonders den Sime-Johann Werten an, die Arbeiter und Angehörigen zu überwachen und Diebstähle zu verhindern.

Durch Mitteilungen verschiedener von diesem lauberen Juristen entlassener „Detektive“ wurden unsere Angaben, daß der Graf Pfeil mit seinen Leuten, die Arbeiter und Angehörigen direkt zu Diebstählen verleitet, um sie dann als ihren Erfolg der Behörde anzugeben, bestätigt.

Die Inhaftnahme dieses gänzlich detektivfiktiven bei seiner Tätigkeit vorgegangen ist, zeigt eine Vernehmung vor dem Schwurgericht.

Zwei grüne Jungen von 19 und 20 Jahren hatten als Detektive die Sime-Johann Werten in Schloßwitz überwacht und dabei einen Kasten geholt, der bei Nacht mit einem Sad in der Kiste der Kiste angetroffen wurde. Es gelang ihnen aber nicht, den Kasten kühler zu machen. Die beiden Jungen gingen nun auf geschwehrt zu dem Bauarbeiter Dax und hielten sich, daß auf seinem Jodett „Schloßwitz“ vorhanden sei. Die Detektive behaupten, daß der Bauarbeiter so, daß der Staatsanwalt Anklage gegen ihn erhob.

Vor dem Schwurgericht machten die grünen Jungen solche zweifelhafte Angaben, daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Zunächst ist beachtenswert, daß diesen „Kasten“ von dem arbeitslosen Justiz „Dulas“ die Möglichkeit gegeben wird, ihre Detektivtätigkeit auszuüben, ferner, daß ein Staatsanwalt hereinfällt auf Angaben, die sich auf etwas „Nachtstahl“ auf den Namen eines Bauarbeiters stützen. Jedenfalls haben die beiden Jungen in ihrem Leben bei ehrlicher Arbeit noch nicht den Unterschied von Mehl und Stips feststellen können.

## Die doppelte Frage der „Tagespost“.

Die „Tagespost“, das reaktionäre Organ all derer, die die heutige Verfassung mit allen Mitteln zu stürzen gewillt sind, das Organ, das die Arbeiter Erzeugers und die Arbeiter von Arbeiterführern und die Kapellen als Feinde verehrt, postiert mit in der Rolle eines Beschützers von Arbeiterdemonstrationen.

Unter der Überschrift: „Der Mut der Sieger“ berichtet sie über proteste Rüstungen, die die Franzosen in Opyeln, zum Schutze der Interalliierten Kommission anlässlich einer Arbeiterdemonstration getroffen haben. Diese „Tagespost“ erlennt also Arbeiterdemonstrationen an, wenn ihre die Möglichkeit gegeben ist, dem „verfluchten“ Franzosen ein auszuweichen.

Wir können hingegen feststellen, daß das stochreaktionäre Sanktionspapier des Vorkommens v. Loringhoven, der in englicher Gemeinshaft steht mit all der Sippchaft, die sich geschworen haben gegen die Republik, gegen die Arbeiter zu kämpfen. Nach vor kurzem schimpften die Tintenfässer von der „Tagespost“ über die Demonstration der L.-S.-W.-Arbeiter.

Die Instrumente der herrschenden Gesellschaft sind aber gleich, ob von Franzosen oder Deutschen angewandt und blaue Hosen in den Eingeweiden der Arbeiter haben keinen Unterschied im Geschmack. Als im Dezember 1920 die Arbeitslosen für eine Verbesserung ihrer Lage demonstrierten, wurden sie durch ein Hiesenaufgebot der Breslauer Sime bedrängt, die mit Maschinengewehren und Flammenwerfern den ganzen Schloßplatz umstellt hatten, sie vernichteten sich nicht wie die Franzosen in Opyeln „mit mordgierigen Augen im Gebüsch zu lauern“, sondern sie stülten den Hunger einiger Demonstranten auf ehlig.

Wir sind ganz gewiß nicht Freunde der französischen Bourgeoisie. Aber gegen die der „Schlesischen Tagespost“ nahehehenden Monarchisten, die es nicht verachten, ihr Brot auf unehrenhafte Weise in der Revue als Beamte zu verdienen, die ihre Macht bemühen, um Arbeiter niederzuknurren, haben wir nur Ekel und Verachtung übrig, und den Gedanken an Rache.

Achtung!

Aenderung der Bezirksadresse!

Von jetzt ab sind alle Zuschriften für den Bezirk zu richten an:

Bernhard Gruschwitz, Breslau,  
Nikolaistraße 49-50.

Adresse Sadowastraße ist nicht mehr zu benutzen.

Achtung!

Bezirksleitung.

Vom Magistrat. Am 1. Oktober 1921 tritt eine allgemeine Erhöhung der Fahrpreise der städtischen Straßenbahn ein, die im Breslauer Gemeindeblatt vom 2. Oktober 1921 veröffentlicht wird.

Verwaltung der städtischen Straßenbahn.

In einer öffentlichen Versammlung spricht Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal des Metropol, Lobe-Strasse Nr. 45-47, der Leiter der Breslauer Volkshochschule, Dr. Alfred Mann, über das Thema: „Was will die Volkshochschule? Der neue Plan der Breslauer Volkshochschule für das Winterhalbjahr.“ Jeder, der sich über das Ziel und den Weg der Volkshochschule unterrichten will, sei auf diese Versammlung besonders aufmerksam gemacht.

## Aus der Provinz.

Ziegenhals. In einer von der SPD. einberufenen öffentlichen Versammlung sprach am Freitag Genosse Scholz-Berlin über die Auswirkung des Friedensvertrages, über die Steuerlasten und die Forderung. Er betonte besonders, wie die herrschende Gesellschaft es immer wieder verheißt, die Lasten des von ihnen heraufbeschworenen Krieges auf die Schultern des schaffenden Volkes abzumwälzen. Auch die sogenannte Goldwertberichtigung, die selbstverständlich von den Kapitalisten auch bekämpft wird, wird, wenn sie wirklich durchgeführt werden sollte, abgewälzt werden und wird keinen Ausweg aus dem Chaos bringen. In dieser Not müsse das Proletariat erkennen, daß nur härtester Kampf gegen die kapitalistische Monarchie zum Ziele führe. Nicht mit Harmonie- und Arbeitsgemeinschaft, durch Zusammenarbeit mit der degenerierten Bourgeoisie könne geholfen werden, sondern nur durch den härtesten Kampf gegen sie. Deshalb sei die Forderung der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten verheißt. Mehr denn je wird die Not und das Elend, das immer größer wird, zeigen, daß der Weg, den die Kommunisten zeigen, der einzig richtige ist. Der Versammlung wohnte eine große Zahl von „angegestimmten“ Selbstbildungslehren bei. Durch die zahlreich erschienenen Arbeiter wurden sie aber in Schwung gehalten. Wann übrigens wird Ziegenhals von dieser Landplage erlöst?

Konig. Rote Gewerkschaftsinternationale. Gen. Farwig-Berlin referierte am Mittwoch in einer gutbesuchten Versammlung über den I. Weltkongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale und die Lage in Sowjetrußland. Zu großen Zügen schilderte er zunächst den Verdegang der deutschen Gewerkschaftsbewegung und das allmähliche Verhinderung der Gewerkschaftsbewegung, welches in der letzten Metallarbeiter-Generalversammlung so recht zum Ausdruck gekommen ist. Dann ging er auf die Entstehung der ROK, ein, schilderte deren Zusammenfassung und den Verlauf des I. Weltkongresses. Eingehend behandelte Gen. Farwig die verschiedenen Tagesordnungspunkte des Kongresses und ging dann über zur Schilderung der allgemeinen Lage in Sowjetrußland. Auch hier entwickelte er ein für jedermann verständliches Bild und betonte besonders ausführlich die Gründe für die jetzige wirtschaftliche Lage in Sowjetrußland. Von lebhaftem Interesse begleitet, schloß er seine äußerst verständlich vorgetragene Ausführungen. In der Diskussion sprach ein Herr Drehtel im Sinne des National-Liberalismus. Trotzdem er der SPD. angehört, wurde man so richtig die Zusammengehörigkeit mit der Deutschen Volkspartei, die ja auf dem Berliner Parteitag auch ausgesprochen worden ist. Gen. Farwig war es unangelegen ein letztes, in seinem Schlußwort dem Diskussionsleiter eine gehörige Absahrt zu erteilen. Er wies ihm nach, daß in seinen Ausführungen nicht ein Wort des Sozialismus enthalten sei und sollte einen Teil derselben als rechte Lügen bloß. Der reiche Teil am Schluß betonte dann auch das volle Gelingen der Versammlung mit den Ausführungen des Gen. Farwig.

## Aus dem Waldenburger Revier.

Die Waldenburger Bauarbeiter geben 1000 Mark für ihre Brüder in England.

In der am 2. September abgehaltenen Bauarbeiter-Versammlung, welche die Waldenburger Bauarbeiter, die sich von den Gewerkschaften sammelten für die England-

hilfe ausgegeben sind. Der erste Geschäftsführer, Kolle Scholz, erwähnte alle Kollegen zu brüderlicher Solbarteit. In derselben Versammlung wurde ein Antrag unseres Genossen Vogt angenommen, der die Geschäftsführung beauftragt, sofort aus der Lokalfasse 1000 Mark an die „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“ in Berlin abzugeben.

Es wurde betont, daß die Arbeiter über alle Streitigkeiten hinweg sich zusammenfinden müssen, um das hebenmütig gegen die Kapitalisten der ganzen Welt kämpfende russische Proletariat zu unterstützen.

Die Arbeiter der anderen Verbände werden aufgefordert, ebenfalls ihre Solbarteit im Sinne der Bauarbeiter zu betonen.

Altwasser. Die Ortsgruppe der SPD. Altwasser hatte am 25. September eine Mitgliederversammlung zusammengerufen. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Bericht über den Parteitag, 2. Kasernenbericht, 3. Wahl eines Delegierten zum Bezirksparteitag, 4. Erfahrung für zwei Unterassistenten, 5. Anträge und Bericht des Genossen K. H. L. E. r begrüßte die kommunalistische Jugend im Namen der Ortsgruppe. Genosse Reichel gab einen Bericht von der Unterbezirkskonferenz in Gottesberg. In kurzen Zügen beleuchtete die Genossen Schrammer und Jahn die Parteientwicklung nach dem Vereinigungsparteitag bis zum Parteitag in Jena, die Beschlüsse des Parteitages, sowie des Gewerkschaftskongresses, und die neuen Aufgaben der Partei. Genosse Jahn gab den Kasernenbericht; derselbe ist von den Redatoren in Ordnung besunden worden. Im Laufe des letzten Halbjahres wurden für die notleidende Arbeiterschaft 2500 Mark aufgebracht. Ein gutes Zeichen, daß die Arbeiterschaft mit uns sympathisiert. Er gab ferner bekannt, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, den Extrabeitrag von 1 M. zu zahlen zur Beschickung des Bezirksparteitages in Leipzig. Zum Delegierten wurde ein Genosse gewählt. Dieser wird uns in der nächsten Versammlung einen Bericht geben. Ebenso wurden zwei Unterassistenten gewählt. Genosse Paßelt schilderte unter Verschönerung die Notwendigkeit der weltlichen Schule. Ueberreife wurde anerkannt, daß auch wir uns mehr um die Erziehungsinstitute unserer Kinder kümmern müssen. Im Winterhalbjahr werden die Diskussionsabende wieder stattfinden, wo über die Parteianglegenheiten sowie über andere Fragen, welche die Arbeiterbewegung behandeln, gesprochen werden soll. Darauf schloß Genosse K. H. L. E. r die sehr interessante Versammlung.

Ober-Altwasser. In der Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes Ober-Altwasser wurde ein Vortrag über die weltliche Schule entgegengenommen. Herr Lehrer Marg-Weißstein gab ein klares Bild über den Stand der weltlichen Schulbewegung im hiesigen Revier. Er führte den Versammelten vor Augen, welche große Bedeutung dieser Fortschritt für die Arbeiterschaft hat im Gegensatz zu der konfessionellen Schule. Sämtliche Diskussionsredner stellten sich auf den Standpunkt, daß mit dem alten Regime gebrochen werden muß, und bedauerten, daß die Arbeiterschaft dieser Bewegung bis jetzt so wenig Beachtung geschenkt hat. Man bedauerte allgemein, daß selbst Gewerkschaftsführer sich sehr ablehnend verhalten. Die Gewerkschaftsfunktionäre werden mit Rufen herumgehoben, und so hoffen wir, daß die Arbeiterschaft sich mehr beteiligt. In der Versammlung wurden mehrere Neuaufnahmen gemacht. Herr Lehrer Marg erläuterte in seinem Schlußwort kurz etliche Geäußerte. Gen. Reichelt beantragte die Bewilligung von 100 M. für die Freie Elternvereinigung; dieselben wurden zugestimmt. Unter Verschönerung wurde noch bekannt gemacht, daß Gewerkschaftshausarbeiten ausgegeben werden (zu 20 und 12 M.), die in vier Raten bezahlt werden können. Zu wünschen wäre es, daß diese wichtige Versammlung besser besucht worden wäre.

## Versammlungskalender.

Distrikt 12. Am Freitag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, findet eine wichtige Distriktsversammlung statt. Es ist notwendig, daß jeder erscheint.

SPD. Breslau. Am Dienstag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr, findet eine wichtige Versammlung aller Funktionäre in Partei und Gewerkschaft statt. Lokal: Zur guten Quelle, Slogauer Straße 2.

Metallarbeiterfraktion Breslau. Die für Dienstag angelegte Versammlung findet wegen der allgemeinen Funktionärsitzung nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch im Parteibüro statt.

SPD.-Ortsgruppe Kellhammer. Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Wahrenschacht. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Ortsgruppe Striegau. Sonntag, den 2. Oktober, Mitgliederversammlung in Gutschdorf, vormittags 8.30 Uhr, in Mühlis Gashaus. Treffpunkt der Striegauer Genossen 7.30 Uhr, Viehweide.

Achtung! Ortsgruppe Striegau. Alle Genossen, die im Besitz von Sammelkarten, Marken und Karten sind, werden ersucht, dieselben bis Sonnabend, den 1. Oktober, bei dem Genossen Kirsch, Pilgrimsheimerstraße 1, abzuliefern.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, c. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

## Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das glänzende  
Varieté-Programm

Sonntag vormittag 11-1 Uhr

## Große Matinee

## Schauspielhaus.

Opernkönig. Lt. Ring 245.

Mittwoch, Donnerstag,

Freitag 7 1/2 Uhr:

Das Hollandweibchen.

Sonntag 7 1/2 Uhr:

Jam 1. Male:

neu einstudiert

Der Operndahl.

Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:

Die Fischer-Christel

Sonntag und täglich 7 1/2 Uhr:

Der Operndahl.

F. Müller, Köpenick, Bremen.

Große Krammstraße 23.

Sprechstunden: 9 bis 10 und 3 bis 4 Uhr

## Zurückgekehrt

Dr. Sternberg,

Facharzt für Haut- und

Geschlechts-Krankheiten

Strahlbehandlung.

8-9. 11-1. 3-6.

Gartenstr. 62.

Neueröffnung

Friedrich-Wilhelmstr. 11

am Wochenplatz.

Milch, Sahne, Butter,

Wollwaren, Krüge, etc.

Gerren-Artikel, Kurzwaren

nach zu sehr billigen Preisen!

Kaufhaus A. Tichauer

Hauptgeschäft:

Neudorfstraße 58.